
Zur Religionspolitik des SED-Staates gegenüber den Freikirchen

Am Beispiel des Bundes
Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR¹

Gerhard Besier

Einleitung

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Grundzüge der SED-Religionspolitik gleichermaßen für alle Denominationen zutrafen. Unterschiede bei der »Bearbeitung« der evangelischen Großkirche einerseits und den kleineren Denominationen andererseits ergaben sich aus dem historisch-theologisch unterschiedlichen Verständnis der Kirchen von sich selbst,² aus den objektiven, quantitativen Bedeutungsdifferenzen der Glaubensgemeinschaften in der DDR und aus den Akzentverlagerungen der Kirche im Blick auf ihre Wirkungsmöglichkeiten in der DDR, der Bundesrepublik und der Ökumene.

Im Mittelpunkt meiner Ausführungen wird der »Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR« stehen.³ Soweit ich vergleichende Betrachtungen zwischen dieser Freikirche und der evangelischen Großkirche anstelle, setze ich die in den vergangenen fünf Jahren gewonnenen Erkenntnisse über den Kirchenbund und seine Gliedkirchen voraus.⁴ Die SED-Religionspolitiker befaßten sich kaum mit der Geschichte der Freikirchen und ihren theologischen Besonderheiten, sondern zeigten sich allein an deren politischem Verhalten interessiert. So blieb auch bei der »Bearbeitung« des *Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* (in der DDR) völlig außer Betracht, daß es sich dabei um einen Zusammenschluß von drei unterschiedlichen Gruppierungen handelte, die auch

¹ Überarbeitete Version eines Vortrags anlässlich der VefGT-Tagung am 28.10.1995 in Berlin.

² Vgl. dazu im Überblick *H. Reller / M. Kießig* (Hgg.), *Handbuch Religiöse Gemeinschaften*, Gütersloh ³1985; *E. Geldbach*, *Freikirchen – Erbe, Gestalt und Wirkung*, Göttingen 1989; *A. Rössler*, *Positionen, Konfessionen, Denominationen. Eine kleine Kirchenkunde*, Stuttgart 1988; *E. Fahlbusch*, *Kirchenkunde der Gegenwart*, Stuttgart u.a. 1979.

³ Vgl. dazu *U. Materne*, *Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR*, in: *H. Kirchner* (Hg.), *Freikirchen und konfessionelle Minderheitskirchen. Ein Handbuch*, Berlin (Ost) 1987, 34–59.

⁴ Vgl. *G. Besier*, *Der SED-Staat und die Kirche*, 3 Bde., Berlin / Frankfurt a.M. 1993/95.

nach ihrer Fusion im »Dritten Reich« ein gewisses Eigenleben weiterführten. Neben den Baptisten umfaßte der Bund die pfingstlich geprägten Elim-Gemeinden und die Brüdergemeinden. Von den 1983 ca. 20 500 Mitgliedern des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR gehörten 12 760 (62 %) zu den Baptistengemeinden, 5370 (26 %) zu den Brüdergemeinden und 2340 (12 %) zu den Elimgemeinden.⁵ Nach der Wiedervereinigung Deutschlands sind die Freikirchen unterschiedliche Wege im Blick auf die Erhellung ihrer Vergangenheit gegangen. Während z.B. die Evangelisch-methodistische Kirche mit ihren rund 30 000 Mitgliedern in der ehemaligen DDR ihren Bediensteten eine Überprüfung empfahl, hat nach Auskunft des Herausgebers des adventistischen Zeitmagazins »Tendenzen«, Anton Schosch,⁶ die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten – ihr gehören etwa 12 000 Menschen in den neuen Bundesländern an – auf einen solchen Schritt verzichtet. Es gehört freilich zur eher losen Struktur dieser Denominationen, daß andere Mitglieder der »Siebenten-Tags-Adventisten« anderes sagen.⁷ Je kleiner eine Denomination war, umso geringer war einerseits das Interesse des Staates an ihr – sofern sie nicht, wie »Jehovas Zeugen«⁸, – mit »Provokationen« hervortrat. Andererseits scheint das Entgegenkommen der kleinen Religionsgemeinschaften dem Staat gegenüber unterschiedlich gewesen zu sein.⁹

Das Folgende steht unter dem Vorbehalt, daß – im Unterschied zu den evangelischen Landeskirchen und zur römisch-katholischen Kirche – eine Beschäftigung mit der Geschichte der Freikirchen in der DDR erst begonnen hat und das meiste Aktenmaterial noch unerschlossen ist.

5 Wiedergegeben nach U. Materne, Der BEFG in der DDR, 34-59, hier: 48f.

6 Schreiben A. Schosch an Gauck vom 13.3.1995, im Besitz des Verf.

7 Der Vertreter der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor J. Scholz (Lichtenberg), versicherte während einer Tagung des »Vereins zur Förderung der Erforschung freikirchlicher Geschichte und Theologie« Ende Oktober 1995 in Berlin, daß auch seine Denomination eine Überprüfung beantragt habe. Er wie auch der langjährige Geschäftsführer des Bundes freier evangelischer Gemeinden, H.-A. Ritter (Witten), sprachen sich für eine rückhaltlose Aufklärung des Verhaltens ihrer Freikirchen in der SED-Diktatur aus.

8 Vgl. zu dieser Denomination H. Reller / M. Kießig (Hgg.), Handbuch, 338ff. Die Verfolgungs- und Leidensgeschichte dieser Denomination durch den SED-Staat ist noch nicht erforscht.

9 Vgl. z.B. Information Buhro vom 17.4.1985 über Stimmungen / Meinungen von Funktionären der Neupostolischen Kirche zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, BStU ZA MfS HA XX/4-544, 54f; vgl. a.a.O., 103-107. Die Neupostolische Kirche war mit rund 100 000 Gläubigen die drittgrößte Kirche in der DDR. Information Steinberg vom 29.3.1989 zur Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, BStU ZA MfS HA XX/4-820, 15, 29f.

1. Konzentration auf das geistliche Gemeindeleben und frühe Respektierung der deutschen Zweistaatlichkeit (1958-1969)

Als nach der Empfehlung von Gläubigen der Baptisten-Kongreß von 1958 zu einem Fanal für den politischen Widerstand gemacht werden sollte, riet Paul Schmidt, von 1935 bis 1959 Bundesdirektor, dringend von einem solchen Schritt ab. Der Vorsitzende der Baptistischen Europäischen Föderation, Hans Luckey, schrieb an den Berliner Bundesvorsitzenden der Baptisten, Herbert Weist: »Gestern sprach ich mit Bruder Paul Schmidt. Er rät zu absoluter Neutralität, damit wir nicht Ähnliches erleben wie die Kirche.«¹⁰ Während des Kongresses betonte dann der Generalsekretär der Baptisten in der Sowjetunion, Karev, daß in seinem Land eine völlige Freiheit der Evangeliumsverkündigung bestehe; diese Einschätzung bekräftigten auch die übrigen Vorsitzenden der Baptisten aus den Ostblockländern.

Die Grundorientierung des strikten Sichheraushaltens aus gesellschaftspolitischen Fragen suchten die deutschen Baptisten auch in der Folgezeit durchzuhalten. Theologisch brachte ihnen diese Haltung kaum Probleme ein, da sie etwa eine »Wächteramtsfunktion« gegenüber dem Staat nie beansprucht hatten. Auch die strikte Trennung von Staat und Kirche mit ausgesprochen kirchenfeindlichem Grundtenor, stellte die deutschen Freikirchen vor keine neue Situation.

Die disparaten Erwartungen und das tiefe Mißtrauen der Diktatur, auch gegenüber den kleinen Denominationen, blieben freilich ein Problem. Zwar begrüßte der SED-Staat einerseits die Politikferne der Freikirchen, näherten sie sich damit doch den kommunistischen Vorstellungen von einer Kultkirche an. Andererseits wünschten die Realsozialisten spätestens seit Mitte der 70er Jahre aber auch eine innen- und außenpolitische Akklamation durch die Kirchen. Schließlich konnten die SED-Politiker nicht umhin festzustellen, daß aufgrund des missionarischen Ethos' der Baptisten und angesichts geringerer Missionserfolge im östlichen Deutschland die atheistische Propaganda nicht nur als Konkurrenz empfunden, sondern auch, daß die ideologische Anfeindung der Christen unter martyriologischen Vorzeichen und durch die Entfachung endzeitlicher Hoffnungen geradezu als äußerster Ansporn für ein verstärktes missionarisches Engagement verstanden wurde. Aus der Tatsache unüberbrückbarer weltanschaulicher Gegensätze zogen die DDR-Sozialisten den an sich richtigen Schluß, daß der »Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden« ... trotz der nach außen gezeigten, relativen positiven Haltung insgesamt der sozialistischen Entwicklung negativ gegenüber« stünde. »Deshalb ist es unsere Aufgabe«, heißt es weiter, »sich mit der Gesamtheit dieser Religionsgemeinschaft operativ zu beschäftigen, um

die wahren Ziele und Pläne der Führung in Erfahrung zu bringen... Deshalb müssen wir die einzelnen Gruppen erfassen und durch IM aufklären und die feindlichen Absichten erkennen und zerschlagen.«¹¹

Allein in der Frage des »Friedenskampfes«, insbesondere im Blick auf die Ablehnung von Atombombenversuchen, sahen die SED-Politiker Anfang der 60er Jahre einen Anknüpfungspunkt für eine politisch-ethische Verständigung mit den Baptisten.

Wie schwach die inoffizielle Basis innerhalb der Freikirchen Anfang der 60er Jahre noch war, geht aus einem Bericht über deren Jugendkonferenz Ende Mai 1961 in Halle hervor. Unter den immerhin nahezu 700 Jugendlichen aus der DDR gab es offenbar keinen, der über Interna berichtet hätte, die über das jedermann zugängliche Veranstaltungsprogramm hinausgingen. Erst recht gab es unter den baptistischen Jugendleitern keinen, der die Informationsgier des Staates befriedigt hätte. Im Stasi-Bericht heißt es: »An dieser Besprechung [scil. in der Wohnung eines Predigers] haben ca. 12 Jugendfunktionäre aus dem Gebiet der DDR teilgenommen. Was auf dieser internen Besprechung behandelt wurde, ist nicht bekannt.«¹²

Es fällt auf, daß sich die MfS-Leute bei ihren Analysen bis Ende der 60er Jahre beinahe ausschließlich auf die Auswertung öffentlicher Verlautbarungen stützen mußten,¹³ also kaum über nennenswerte inoffizielle Quellen verfügten.

Mitte Juni 1968 fand in Leipzig »eine Zusammenkunft aller Baptisten in verantwortlicher Stellung statt, welche als Verbindungsleute, Abgeordnete oder in sonstigen gesellschaftlichen Funktionen enge Kontakte zu den staatlichen Organen« besaßen. Die Einladung zu dem Treffen ging auf eine Anregung des Volkskammerabgeordneten Walter Riedel, zugleich Mitglied der Brüdergemeinde in Dresden, zurück. Von der Bundesleitung wurde Rolf Dammann aus Berlin eingeladen. »Ziel dieser Zusammenkunft soll sein«, heißt es in einem Bericht der Kriminalpolizei Halle, »daß sich die progressiven Kräfte des Bundes kennenlernen und ihre Kräfte vereinen. Dabei soll erreicht werden, daß die progressiven Kräfte ihren Einfluß im Bund verstärken und die Haltung der Bundesleitung mitbestimmen. Gleichzeitig soll auch die Frage der Neuwahl des Bundespräsidenten im Jahre 1969 besprochen werden. Ebenso die Mitarbeit des Bundes in der sozialistischen Gesellschaft.«¹⁴

Die Zusammenkunft sollte auch der Vorbereitung der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden im Jahr darauf dienen. Auf jeden Fall wollte man verhindern, daß als Nachfolger für den am 5. April 1968 verstorbenen Bundesvorsitzenden (Ost), Herbert Weist, der Leiter des Buckower Pre-

¹¹ A.a.O., Bl. 46f.

¹² Bericht Hptm. Meffert vom 23.5.1961, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 27.

¹³ Vgl. Information vom 26.2.1965, a.a.O., Bl. 28.

¹⁴ Bericht Much (Hptm. der K) vom 10.6.1968, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 31f.

digerseminars, Adolf Pohl, für dieses Amt kandidierte. Riedel favorisierte den Hallenser Baptistenprediger, der die Leitung der Zusammenkunft der »fortschrittlichen« Baptisten übernommen hatte. Der Generalsekretär des Bundes, Rolf Dammann, vertrat dagegen eine eher konservative, »gesamtdeutsche« Linie und betrieb die Wahl des kommissarischen Vorsitzenden, Herbert Morét, aus Eberswalde.¹⁵ Obwohl das MfS durch intensive »Gespräche« auf den Wahlkörper Einfluß zu nehmen suchte,¹⁶ wurde Morét gewählt.

Aufgrund der gemeindezentrierten Struktur spielte der baptistische Bundeszusammenschluß für Deutschland eine weit geringere Rolle als die Vereinigung der Landeskirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). So heißt es schon im Protokoll der Bundesleitungssitzung vom 18. Mai 1949: »Br. Soltau gibt bekannt, daß die Zeitverhältnisse es bedingten, eine Geschäftsstelle im Ostsektor einzurichten, deren Geschäftsführer Br. Düring ist.«¹⁷ Weitere Beschlüsse im Sinne einer Aufteilung der Verantwortung zwischen einem west- und einem ostdeutschen Bereich folgten auf den Bundesratstagungen 1962 und 1963. Bereits seit 1953 (bis 1957) übte Otto Soltau die Funktion des Bundesvorsitzenden (Ost) aus.¹⁸ Auf der Dresdener Bundesratstagung und -konferenz der Gemeinden in der DDR Mitte Mai 1969 wurde dann der Beschluß gefaßt, »den Namen des Bundes zu ändern in »Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR.«¹⁹ Mit Blick auf die schweren Kontroversen, die dem Trennungsbeschluß in der EKD vorausgingen, stellten die staatlichen Beobachter befriedigt fest, der Baptisten-Beschluß sei »ohne Auseinandersetzungen«²⁰ gefaßt worden. Überdies hätten Mitglieder des Bundesrates dem westdeutschen Bund empfohlen, ebenfalls eine Namensänderung vorzunehmen. Allerdings kritisierte man seitens des Staates bald darauf, daß weiterhin versucht werde, »alle Maßnahmen mit dem Westbund abzustimmen«²¹. Außerdem sei die Bundesleitung bestrebt, »die Mitglieder weitgehendst von einer gesellschaftlichen Tätigkeit abzuhalten«²².

Ebenfalls 1969 erfuhr das ein Jahrzehnt zuvor in Buckow gegründete baptistische Predigerseminar für das östliche Deutschland durch die Umbenennung in »Theologisches Seminar« eine Aufwertung.²³ 1980 wurde

¹⁵ Vgl. Information vom 14.2.1969, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 35f.

¹⁶ A.a.O., 36.

¹⁷ Zit. nach G. Balders (Hg.), Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. 150 Jahre Baptistengemeinde in Deutschland 1834-1984, Wuppertal/Kassel ³1989, 169.

¹⁸ Balders, 150 Jahre, 362.

¹⁹ Zit. nach: Balders, 150 Jahre, 169; vgl. 324.

²⁰ Information 380/69 der Abt. XX/4 (Oltn. Schleupner) vom 11.6.1969, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 39.

²¹ BStU ZA MfS HA XX/4-822, Bl. 38.

²² Ebd.

²³ Vgl. Balders, 150 Jahre, 171; A. Pohl (Hg.), Die Ernte ist groß. 25 Jahre Theologi-

ein Erweiterungsbau an einem Nachbarobjekt durchgeführt. Da sich unter den Seminaristen auch Bürger aus der UdSSR (Estland) befanden und Kontakte zu den anderen baptistischen Ausbildungsstätten, vor allem zu dem in Hamburg unterhalten wurden, stand das Buckower Seminar unter ständiger Beobachtung.²⁴

2. Der Baptistische Weltbund im Visier der östlichen Geheimdienste (1974-1989)

In der Folgezeit beobachteten die einschlägigen staatlichen Einrichtungen die Bundeskonferenzen und Jugendtreffen,²⁵ registrierten vor allem, welche Gäste aus dem westlichen Ausland eingeladen waren, welche aus den sozialistischen »Bruderländern« hinzustießen und von wem Dammann Post welchen Inhalts erhielt.²⁶ Die ständig rückläufige Mitgliederzahl des im Vergleich mit der Großkirche ohnehin kleinen *Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* – 1978 waren es 215 Gemeinden mit 299 Zweiggemeinden und 21 460 Mitgliedern, fünf Jahre später, 1983, 216 Gemeinden mit 271 Zweiggemeinden und 20 616 Mitgliedern²⁷, also innerhalb von 5 Jahren ein Verlust von rund 1000 Mitgliedern – rückte seitens der Religionspolitiker des SED-Regimes die um so höhere ökumenische Bedeutung der Baptisten in das Zentrum staatlicher Aufmerksamkeit.

Darum wurden auch – gemeinsam mit den Geheimdiensten der anderen Ostblockstaaten – die Baptistischen Weltkongresse sorgfältig »aufgeklärt«. Aus Anlaß des 8. Baptistischen Weltjugendkongresses in Portland / USA Ende Juli / Anfang August 1974 mußten die geheimen Beobachter feststellen, daß im Unterschied zu ihrem Bereich »die Zahl der Mitglieder bzw. Angehörigen der Baptisten im Weltmaßstab (1973: 33 492 813 im Weltbund) ständig steigt«²⁸.

Daß die Behandlung der Großkirche durch den Staat eine gewisse Orientierungsfunktion auch für die kleineren Denominationen hatte, wurde auf der Konferenz des »Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden« in der DDR Anfang Juni 1978 deutlich. Morét unterstrich hier die Bedeutung des Spitzentreffens zwischen Honecker und Schönherr am 6. März 1978 auch für die Baptisten und wollte sich zum Problem des

sches Seminar des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR in Buckow, Berlin (Ost) 1983.

²⁴ Vgl. Information vom 13.5.1985 über das Theologische Seminar Buckow, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, 97-99.

²⁵ Vgl. BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 45ff.

²⁶ Vgl. BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 236.

²⁷ Vgl. *Balders*, 150 Jahre, 172.

²⁸ Information vom 11.11.1974 über den 8. Baptistischen Weltjugendkongress in Portland (USA) vom 31.7. bis 4.8.1974, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 64-68, Zitat: 66.

Faches »Wehrunterricht« erst äußern, wenn Schönherr ihm über das entsprechende Gespräch mit Seigewasser berichtet habe.²⁹

Ein Inoffizieller Mitarbeiter, der einen westdeutschen ehrenamtlichen Baptisten-Prediger abschöpfte, berichtete am 25. Mai 1978 über das Gespräch. Danach verfolgte die Bundesleitung der Baptistischen Kirche in Deutschland und andere kirchliche Einrichtungen der Bundesrepublik die Entwicklung der Kirche in der DDR »gegenwärtig [scil. nach dem 6. März 1978] genauer als in der Vergangenheit«³⁰. Daß man über die Arbeitsweise des MfS auch in freikirchlichen Kreisen des Westens nur zu gut Bescheid wußte, geht aus einer anderen Bemerkung des Baptistenpredigers hervor:

»Der Baptistenkirche und anderen kirchlichen Einrichtungen in der BRD sei bekannt, daß die Sicherheitsorgane der sozialistischen Staaten, besonders der DDR und der UdSSR versuchen, Informationen über interne Angelegenheiten der Kirche zu erlangen und entsprechenden Einfluß zu nehmen. Zu diesem Zweck würden seitens dieser Sicherheitsorgane verstärkt Versuche unternommen, Personen, die über eine bestimmte Stellung im Kirchenapparat verfügen, für eine konspirative Zusammenarbeit zu gewinnen. Einem guten Bekannten aus Berlin-Grünau, der eine höhere staatliche Funktion inne gehabt hätte, sei es ähnlich ergangen. In den meisten Fällen geschähe dies unter Anwendung von Mitteln des Drucks. Die Baptistenkirche in der BRD verfüge über eine umfassende Liste von Personen aus kirchlichen Kreisen, die durch die Sicherheitsorgane sozialistischer Staaten mit dem Ziel der inoffiziellen Zusammenarbeit angesprochen wurden auch entsprechend tätig sind. Es soll sich dabei um Kirchenfunktionäre handeln, die sich, nachdem sie ihr Einverständnis zur Zusammenarbeit mit den betreffenden Sicherheitsorganen erklärt haben, ihren entsprechenden kirchlichen Einrichtungen anvertraut und sie über ihre Tätigkeit für die Sicherheitsorgane informiert hätten.«³¹

Sollte diese Information zutreffen und sich die Liste anfinden, handelte es sich um eine kleine Sensation von hohem paradigmatischen Wert für die historische Forschung in diesem Bereich.

Die 1979 wegen »gesellschaftsgefährdender Tätigkeit« erfolgte Ausweisung des Baptistenführers Georgij Wiens³² aus der UdSSR und seine Aufnahme in den USA ließ in den Ostblockstaaten die Sorge wachsen, man werde den im Juli 1980 in Toronto geplanten Weltkongreß der Baptisten zu sozialismusfeindlichen Agitationen nutzen. In einer geheimen Mitteilung des MfS dazu heißt es:

»Die IM, die in die Delegation integriert zum Kongreß des Weltbundes der Baptisten nach Toronto reisen, sollten nach unserer Ansicht zweckmäßigerweise auf die Notwendigkeit abgestimmter Maßnahmen orientiert werden, die gerichtet sind auf die Vereite-

29 Information vom 7.6.1978 über die Bundeskonferenz des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR vom 1.6. bis 4.6.1978 in Berlin, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 80-83.

30 Information vom 25.5.1978, BStU ZA MfS HA XX/4-822, Bl. 3-5, Zitat: 4.

31 A.a.O., 4f.

32 Vgl. dazu Die Gemeinde. Wochenzeitschrift des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Nr. 47, Kassel, 21.11.1976, 11.

lung der Versuche des Gegners, den Kongreß in antisozialistischem Sinne zu mißbrauchen...«³³

Auch unter den Toronto-Delegierten aus der DDR war ein Inoffizieller Mitarbeiter mit dem Decknamen »Karel«.³⁴

Ein anderer Inoffizieller Mitarbeiter mit dem Decknamen »Alex« aus Neubrandenburg berichtete seinem Führungsoffizier über einen Besuch bei dem Stettiner Baptistenprediger Rapanowitzsch (VR Polen) im Januar 1981. Nach dem Stimmungsbild, das er gab, stand die unter Versorgungsmängeln leidende Bevölkerung geschlossen hinter der Gewerkschaftsbewegung »Solidarität« und ihrem Führer Walesa.³⁵ Der Exekutivausschuß der Europäischen Baptistenföderation organisierte Hilfsprogramme für die in Polen lebenden Baptisten und hatte die Sorge, daß die Hilfsgüter auch an ihren Bestimmungsort gelangten. Der sowjetische Geheimdienst verfolgte die Maßnahmen und informierte die anderen Geheimdienste des Ostblocks über seine Recherche-Ergebnisse.³⁶

Anfang April 1981 fand in Moskau eine Seminarkonsultation für die Leiter von Baptisten-Unionen in den »sozialistischen« Ländern statt. Für die Baptisten aus der DDR nahmen Dammann und der Seminardirektor des Theologischen Seminars, Klaus Fuhrmann, teil.³⁷

Einen Monat später tagte die turnusmäßig alle drei Jahre stattfindende Bundesratstagung und -konferenz des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Halle. An dem Tätigkeitsbericht des scheidenden Bundespräsidenten, Herbert Morét, kritisierten die staatlichen Beobachter, was ihnen ansonsten durchaus recht war: »Es zeigte sich wiederum, daß der ›Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden‹ ... nicht gewillt ist, mit Forderungen zur Erhaltung des Friedens an die Öffentlichkeit zu treten, sondern [das Thema Frieden] grundsätzlich nur innerkirchlich behandelt.«³⁸ Hier wurde der tiefe innere Widerspruch der SED-Religionspolitik deutlich: Einerseits forderte man eine Beschränkung auf den innerkirchlichen Bereich, andererseits erwartete man aber auch öffentlichkeitswirksame Stellungnahmen der Kirchen im Sinne der DDR-Innen- und Außenpolitik. Als Moréts Nachfolger wurde Manfred Sult ge-

33 Information 815/80, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 100f.

34 Vgl. Bericht »Karel« vom 26.2.1980 über Weltkongreß der Baptisten in Toronto im Juli 1980, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 146f.

35 Bericht »Alex« vom 28.1.1981 über Besuch bei Baptistenprediger Rapanowitzsch, VR Polen, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 241.

36 Information der Sicherheitsorgane der UVR 1982, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 335f.

37 Information Tagung der Baptisten in der UdSSR vom 20.3.1981, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 274.

38 Information über Bundesratstagung vom 4.6.1981, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 284-286, Zitat: 285; vgl. auch Bl. 279.

wählt. »Die Konferenz verlief [nach Einschätzung des Staates] ohne besondere Vorkommnisse«. ³⁹

Im Mai 1981 formulierte der ausscheidende Morét den Standpunkt des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden zum Sozialismus, wobei er sich deutlich an die entsprechende Aussage des DDR-Kirchenbundes anlehnte. In der Neuen Zeit war zu lesen: »Wir sind eine Kirche Jesu Christi nicht neben, schon gar nicht gegen den Sozialismus, sondern im Sozialismus. Hier sehen wir unsere Aufgabe. Wir suchen der Stadt Bestes durch unsere Mitarbeit, ganz gleich, ob im säkularen Bereich oder als Pastoren.« ⁴⁰ Der Staat kritisierte an der Formel, daß

»auf jeden Fall vermieden wird, sich für den Sozialismus auszusprechen. Damit wird nach wie vor eine innere Ablehnung deutlich, die jedoch durch eine neutrale Ausdrucksweise oder Formulierung unausgesprochen bleibt: Definitiv nicht dagegen, aber auch keine Erklärung dafür. Damit gilt auch für diese Religionsgemeinschaft, daß ihre Standortfindung im Sozialismus nicht endgültig vollzogen bzw. ihre Haltung zum Sozialismus nicht geklärt ist. Es geht damit von dieser Gemeinschaft nach wie vor zumindest eine politisch neutralisierende Tendenz aus, was die Frage des Sozialismus betrifft.« ⁴¹

3. *Polizeiberichte über charismatischen Glauben, politische Inaktivität und Friedensnähe*

Welche Schwierigkeiten ein von außen eingeschleuster Inoffizieller Mitarbeiter in den baptistischen Gemeinden hatte, geht unfreiwillig aus dem Bericht eines solchen Zuträgers über eine Evangelisations-Woche in der Berliner Anklamer Straße 31 hervor. ⁴² Nach eigener Darstellung wurde der »Neuling gleich am Eingang herzlich willkommen geheißen und in die vorderen Reihen gebeten. Beim Nachhausegehen wurde ... [er] an der Tür von dem gleichen »Bruder« sehr freundlich angesprochen und mit den Worten verabschiedet: »Kommen Sie wieder, gleich morgen am besten.« ⁴³ Hatten die überzeugten kommunistischen Kader schon Probleme mit den eher bürgerlich-distanzierten Gepflogenheiten in den Großkirchen, so erst recht mit der charismatischen Unmittelbarkeit solcher Gemeindeveranstaltungen. Mit völligem Unverständnis und sichtlich angewidert berichtete der IM über das, was er da erlebte:

»Seine Rede [scil. die des Predigers] war wiederum ein ziemlicher Wirrwarr von allen möglichen, ihm gerade eingefallenen Gedanken, die immer wieder die Gefühle und Beziehungen zu Jesus, zu Gott zum Inhalt hatten. Seine eingestreuten Beispiele von »Er-

39 A.a.O., Bl. 286.

40 NZ vom 23.5.1981.

41 Akute und potentielle politisch-ideologische Tendenzen des Bundes Ev.-Freikirchlicher Gemeinden vom April 1982, BStU ZA MfS HA XX/4-822, 30-33, Zitat: 30.

42 Bericht eines IM vom 1.7.1982 über Aktivitäten kirchlicher Kreise in Berlin-Prenzlauer Berg, BStU ZA MfS-HA XX/4-927, Bl. 362-364.

43 A.a.O., Bl. 363.

lebnissen« und »Begegnungen« mit Menschen in den verschiedenen Ländern waren so hahnebüchend und zum Teil so turbulent, daß sie an das Dunkelmännertum aus der Zeit des Mittelalters erinnerten. Sie sollten Beweise dafür sein, wie die »göttliche Gnade« über die Menschen gekommen ist, daß sie an »ihn« glaubten.«

Von einem anderen »Bruder« – stets in Anführungszeichen – berichtete er:

»Er sprach leidenschaftlich, improvisiert und war sehr primitiv in seinen Ausdrücken ... Das Ganze war eine fanatische Beschwörung. Am Schluß seiner langen, irren Rede rief er beschwörend in die Menge (rund 200 Personen): »Wer möchte jetzt die Gnade Gottes empfangen, der hebe seine Hand.«⁴⁴

Neben das innere Unverständnis trat der kontinuierliche Mißerfolg. Unverändert heißt es über die Kreiskonferenz der Baptisten in Prenzlau: »Das Hauptthema lautete: »Von Jesus gerufen und gesandt!« Die gesamte Thematik trug religiösen Charakter. Zu politischen Äußerungen ist es nicht gekommen.«⁴⁵ Und eineinhalb Jahre später heißt es im Vergleich zu der evangelischen Großkirche: »In Bezug der Friedensdekade der evangelischen Kirche, welche vom 6. bis 11. November 1983 stattfand, wurden von den kleinen Religionsgemeinschaften keine Aktivitäten in der Richtung festgestellt.«⁴⁶

Aufgrund dieser Ausgangslage fiel es den Staatsvertretern denn auch nicht schwer, die beantragten Genehmigungen für mehrmalige Ausreisen in die Bundesrepublik ohne weiteres zu erteilen. So nahmen Anfang August 1984 16 Vertreter des *Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* an dem Hamburger Kongreß der Europäischen Baptistischen Förderung teil.⁴⁷ Eines der Hauptreferate zum Thema »Suchet der Stadt Bestes« hielt Dozent Christian Wolf vom Theologischen Seminar Buckow. Seine These lautete, daß alle anderen Weltprobleme wie die Beseitigung von Hunger oder die Herstellung von Frieden und Freiheit der Bereitschaft zur Abrüstung nachgeordnet seien.⁴⁸ Wolfs Referat wie auch die beiden Resolutionen gegen das Foltern von Menschen und gegen das Wettrüsten fanden großen Anklang bei den Beobachtern des SED-Staa-

44 Ebd.

45 Bericht der K vom 5.4.1982 über Baptisten-Kreiskonferenz, BStU ZA MfS-HA XX/4 1035, Bl. 31.

46 BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 33.

47 Antrag Sult vom 26.4.1984 an den Staatssekretär für Kirchenfragen, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 37.

48 Das Referat ist als Congress Paper No. 7 den Teilnehmern im Wortlaut zur Kenntnis gegeben worden, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 77-86. Darin heißt es auch: »Wir leben heute auf diesem Kontinent Europa in Realitäten, die sich aus den Stürmen des Zweiten Weltkrieges ergeben haben. Ja, durch die Schuld dieser Menschheitskatastrophe wurde die ganze Welt neu geordnet. Manche von uns sind dadurch in ganz und gar ungewohnte und ungeliebte Verhältnisse geraten. Die Kirchen in der DDR haben lange gebraucht, um sich in ihrem Lebensraum zurechtzufinden. Wenn sie sich heute als »Kirchen im Sozialismus« bezeichnen, so heißt das, daß sie den Platz akzeptieren, an den Gott sie gestellt hat. Ohne solch ein grundsätzliches Ja wird man wohl auch in polnischen oder nordirischen Verhältnissen, in Prag oder Stockholm Gott und den Menschen nicht dienen können« (a.a.O., 81f.).

tes. Das Verhalten der sowjetischen Baptisten wurde »als sehr zurückhaltend« beschrieben, die Ausstellung der DDR-Delegierten über das kirchliche Leben in der DDR sehr gelobt. »Die hinterließ einen nachhaltigen Eindruck, da ein Großteil der Delegierten eine völlig andere Vorstellung von der Arbeit der ›Baptisten‹ in der DDR hatte.«⁴⁹ Als einzige Störfaktoren, die freilich auf seiten der Kongreßteilnehmer keine Resonanz gefunden hätten, wurden russische Emigranten baptistischer Konfession und die »Hilfsorganisation Märtyrerkirche« genannt.

Auf der Bundeskonferenz der Baptisten 1984 in Berlin kritisierte dagegen der Hauptredner – sein Name ist in dem Dokument von der Gauck-Behörde leider geschwärzt – von einem kompromißlosen Pazifismus aus die Militarisierung des Lebens in der DDR.⁵⁰ Im Zusammenhang mit der NVA empfahl er den Dienst ohne Waffen und kritisierte die vormilitärische Ausbildung an den Schulen. Schließlich sprach er sich dafür aus, die Mauer in Berlin abzureißen. Ein anderer Redner, wahrscheinlich Prediger Kaston [Kerstan?] aus den USA, berichtete, anläßlich einer Reise in die Sowjetunion im Jahr zuvor hätten ihm führende kirchliche Repräsentanten dort bestätigt, daß Menschen ihres Glauben wegen eingesperrt würden.⁵¹ Solche direkten Angriffe gegen das Herrschaftssystem in den Ostblockländern bildeten – nicht nur bei den Freikirchen – Mitte der 80er Jahre eine absolute Ausnahme und verdienen gerade darum, besonders erwähnt zu werden.

Über die West-Berliner Ratstagung des Baptistischen Weltbundes einen guten Monat später heißt es wieder: »Im Verlaufe der Ratstagung kam es zu keinen politisch-negativen Aussagen gegen die sozialistischen Länder.«⁵² Weniger erfreut dürften die Staatsvertreter dagegen über die Ausführungen des Präsidenten des Baptistischen Weltbundes, des Amerikaners Duke Mc Call, gewesen sein, der, unterstützt von seinem Generalsekretär, Gerhard Claas, aus der Bundesrepublik, während einer Pressekonferenz auf das Anwachsen der Baptisten in den Ländern des Ostblocks verwies. Mediengeübt verkündeten die beiden in griffigen Formeln, daß es in Osteuropa mehr Baptisten gäbe als in Westeuropa und nannten für die Sowjetunion eine jährliche Zuwachsrate von 16 000 bis 24 000 Gläubigen.⁵³ Außerdem habe man allein aus der Bundesrepublik in den vergangenen 9 Jahren 125 000 Bibeln in russischer Sprache in die Sowjetuni-

⁴⁹ Bericht vom 17.9.1984 über Kongreß der Europäischen Baptistischen Förderung (EFB) vom 1.-5.8.1984, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035.

⁵⁰ A.a.O., Bl. 42f.

⁵¹ Bericht vom 3.6.1984 über Bundeskonferenz der Baptisten, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 42f.

⁵² Bericht vom 17.8.1984 über die Ratstagung des Baptistischen Weltbundes vom 21.7.1984 bis 30.7.1984 in Berlin (West), BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 44-48, Zitat: Bl. 45.

⁵³ Weiter heißt es, in der DDR lebten 23 000 Baptisten, in Rumänien 160 000 und in der UdSSR 545 000, a.a.O., Bl. 45.

on eingeführt. Der stellvertretende Staatssekretär für Kirchenfragen, Hermann Kalb, empfing die Spitzenvertreter des Baptistischen Weltbundes zu einem Gespräch, in dessen Verlauf ein gewisses diplomatisches Einvernehmen über die Notwendigkeit von »Frieden und Abrüstung« erzielt wurde, ohne daß eingehendere Analysen erfolgt wären. In einer Eintages-tour besuchten die Delegierten auch Ost-Berlin, die dortige Baptisten-Buchhandlung in der Seelower Straße und das Baptistische Gemeindezentrum in Berlin-Friedrichshain. Im staatlichen Bericht heißt es:

»Von den ausländischen Teilnehmern wurden die Möglichkeiten der religiösen Betätigung in der DDR gewürdigt. Vor allem waren sie über die Vielfalt des Bücherangebotes in der besuchten Buchhandlung überrascht. Mc Call informierte in einer kurzen Aussprache über das Gespräch beim Stellvertretenden Staatssekretär für Kirchenfragen, welches er als besonders positiv bewertete.«⁵⁴

Ende September 1984 resümierte der Leiter der Abteilung I der Hauptabteilung Kriminalpolizei, Oberst Pietsch: »Im Zusammenhang mit der weiteren Profilierung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR (BefG) als Kirche im Sozialismus ist ein Anwachsen der nationalen und internationalen Aktivitäten dieser Religionsgemeinschaft zu verzeichnen. Die loyale Haltung leitender Funktionäre des BefG hat sich verstärkt.«⁵⁵ Dieses Urteil mag auch darauf zurückzuführen sein, daß im Jahr 1984 eine Gesprächsoffensive des Staatssekretariats für Kirchenfragen mit den führenden Persönlichkeiten des *Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* begonnen hatte. Dabei zeigten sich die Repräsentanten der Baptisten aufgeschlossen und kooperationsbereit im Blick auf die Sicherung des Weltfriedens.⁵⁶

Der Jugendtag des BEFG in der DDR, Ende Mai 1985, fand zwar »mit Zustimmung des Staatssekretariats für Kirchenfragen« statt und schien für die SED völlig risikofrei zu sein. Das hinderte die Staatsmacht aber nicht, »operative Maßnahmen zur Überwachung der Veranstaltung«⁵⁷ durch Stasi und Kriminalpolizei einzuleiten. Auch die Europäische Baptistische Jugendkonferenz in Eisenach im Juli 1985 wurde seitens des Dezernats I der Kriminalpolizei in Abstimmung mit den Dienststeinheiten des MfS sorgfältig überwacht.⁵⁸ Die baptistische Jugendarbeit bereitete

54 BStU ZA MfS-HA XX/4-1035.

55 Bericht Pietsch vom 28.9.1984 über die Aktivitäten des BEFG in der DDR, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 88.

56 Vgl. Aktennotiz vom 8.2.1984 über Gespräch Janott mit Sult und Dammann, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 213f; Begegnung Kalb mit führenden Vertretern des Baptistischen Weltbundes am 26.7.1984, a.a.O., Bl. 227-238.

57 Information der HA XX/4 vom 24.5.1985, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 205. Information vom 2.1.1985, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 9; Information vom 4.3.1985, a.a.O., Bl. 36f. Information vom 13.3.1985, a.a.O., Bl. 43-45.

58 Schreiben Pietsch vom Juni 1985, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 253f; vgl. dpa-Meldung vom Juli 1985, a.a.O., Bl. 271; Information über Gespräch RBI und Vertretern der 5. Europäischen Baptistischen Jugendkonferenz, a.a.O., Bl. 318; Information vom 29.7.1985 über die V. Europäischen Baptistische Jugendkonferenz in Eisenach, a.a.O., Bl.

den Aufsichtsorganen seit Mitte der 80er Jahre zunehmend Sorgen. Ende September berichtete ein Oberstleutnant der K: »In zunehmendem Maße fließen in diese Tätigkeit Diskussionen zu gesellschaftspolitischen Problemen, insbesondere zu Friedens- und Ökologiefragen, einschließlich der Suche nach sogenannten alternativen Lebensstilen ein.« Zwar nähmen die baptistischen Jugendfunktionäre »realistische Positionen« ein, aber durch die weitverzweigten ökumenischen Kontakte seien »Erscheinungen eines Eindringens politisch problematischer Auffassungen« beobachtbar.⁵⁹ Als Gegenmaßnahme wurde befohlen, die operative Basis unter den Jugendfunktionären auszubauen. Auf dem Jugendtag des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden Ende Mai 1985 waren auch Querverbindungen zum DDR-Kirchenbund und dessen friedenspolitische wie ökologische Aktivitäten deutlich geworden.⁶⁰

Die rege Reisetätigkeit baptistischer Prediger und Laien fand dann ein jähes Ende, wenn ein Familienmitglied, meist Tochter oder Sohn, die DDR illegal verließ. In solchen Fällen kam es zu oft demütigenden Distanzierungsschreiben von den eigenen Kindern und ebensolchen Loyalitätsbekundungen der Diktatur gegenüber.⁶¹

Selbstverständlich wurde die Post Dammanns, Sults und anderer kontrolliert, d.h. geöffnet, fotokopiert und dann erst dem Empfänger zugestellt.⁶²

4. Bis zuletzt »kein Platz für politischen Mißbrauch«

Für Juli 1989 luden die Europäische Baptistische Föderation und die Ungarische Baptistenunion zum 10. Europäischen Baptistischen Kongreß nach Budapest ein.⁶³ Zum Zeitpunkt der Einladung konnte noch niemand ahnen, was für ein Sommer den Ungarn bevorstand. Unter den

330-333. Dammann soll hier u.a. gesagt haben: »Von Seiten des Generalsekretärs der »Baptisten« der DDR, Dammann, Rolf/Berlin wurde betont, daß er als Christ in der DDR seine Aufgabe darin sieht, die DDR im Friedenskampf zu unterstützen« (a.a.O., Bl. 333). Ein weiterer Bericht der K vom 6.9.1985 über die Jugendkonferenz: A.a.O., Bl. 370. Vgl. Offener Brief an alle baptistischen Jugendgruppen in Europa, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 121-130; Information vom 9.7.1985 über die V. Europäische Baptistische Jugendkonferenz vom 14.-27.7.1985, 147f. Weitere Berichte: A.a.O., Bl. 166-183.

⁵⁹ Ebd. Vgl. auch den Bericht vom 11.10.1985 über beabsichtigtes Jugendtreffen mit Baptisten aus der BRD, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 347; Bericht vom 9.12.1985 über Treffen zwischen Mitgliedern der Jungen Gemeinde der Baptisten aus der BRD und der DDR in Neubrandenburg, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 186f.

⁶⁰ Bericht über Jugendtag, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 324.

⁶¹ Vgl. z.B. Schreiben H.G. Sachse an Heinrich vom 4.3.1985, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 38.

⁶² Vgl. z.B. Schreiben Gerhard Claas an Rolf Dammann vom 5.4.1985, BStU ZA MfS-HA XX/4-944, Bl. 68f; Schreiben Claas an Dammann vom 23.8.1984, a.a.O., Bl. 247, 250

⁶³ Einladungsschreiben vom 25.1.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 14f.

Baptisten aus der DDR, die sich anmeldeten, war zunächst ein Inoffizieller kriminalpolizeilicher Mitarbeiter (IKM) aus Magdeburg,⁶⁴ später wurde das IKM-Kontingent auf drei erweitert.⁶⁵ Im Unterschied zu den Großkirchen lag ein erheblicher Teil der Beobachtungsaufgaben der Baptisten nicht beim MfS, sondern bei der politischen Abteilung der Kriminalpolizei. Die Budapester Tagung selbst wurde dann aber von den Geheimdiensten des Ostblocks begleitet. Dazu heißt es:

»In Vorbereitung auf einen gemeinsamen Sicherungseinsatz der Bruderorgane findet am 26./27.6.1989 in Budapest/UVR eine multilaterale Beratung auf Abteilungsleiterebene statt. Durch das MfS werden insgesamt drei IM zur operativen Kontrolle und Informationsbeschaffung in Budapest zum Einsatz gebracht. Nach Abschluß der Veranstaltung wird eine zusammenfassende Information erarbeitet.«⁶⁶

Von seiten des Staatssekretärs für Kirchenfragen stand – trotz der »der veränderten politischen Lage« – der Entsendung einer Baptisten-Delegation aus der DDR nach Ungarn nichts im Wege. Auf die bewegten Verhältnisse angesprochen, versicherte die Leitung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR, »daß sich die Delegation im Rahmen der gesetzlichen Regelungen für Staatsbürger der DDR im Ausland bewegen wird. Bewährte Praktiken bei der Durchführung von kirchlichen Veranstaltungen in der DDR seien dafür der Ausgangspunkt und Maßstab.«⁶⁷ Löffler charakterisierte in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen der Freikirche und dem Staat so:

»Die Beziehungen zwischen Staat und BEFG in der DDR sind geordnet und von einem vertrauensvollen konstruktiven Zusammenwirken geprägt. In der Gemeindefarbeit ist kein Platz für politischen Mißbrauch. Einzelne Amtsträger arbeiten aktiv und zum Teil verantwortlich in der Christlichen Friedenskonferenz und in der Arbeitsgruppe Christliche Kreise der Nationalen Front mit.«⁶⁸

Die Informationen über den Kongreß bestätigten im wesentlichen die vorausgegangenen Einschätzungen. Politische Bezüge konnten die Beobachter bei den Veranstaltungen nicht feststellen.⁶⁹

Hinsichtlich der Pflege ökumenischer Kontakte gab es für den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR charakteristisch weniger Probleme als für die Großkirchen. Als beispielsweise Dammann bei dem Mitarbeiter des Staatssekretariats für Kirchenfragen, Wilke, nachfragte, ob ein baptistischer Chor aus den USA anlässlich einer Europatournee in der Gethsemane-Kirche am S-Bahnhof Schönhauser Allee singen dürfe, sah dieser keine Schwierigkeiten. Auch die Überlappung von Bun-

64 Bericht Oltn. d.K. vom 27.1.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 18.

65 Information Wachowitz vom 7.6.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 166f.

66 Information vom 13.6.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 184f.

67 Information vom 5.7.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 198f.

68 A.a.O., Bl. 199.

69 Information vom 1.8.1989 über den 10. Kongreß der Europäischen Baptistischen Föderation, BStU ZA MfS HA XX/4-822, Bl. 19-22. Siehe auch ena 42 Nr. 32/33 vom 10.8.1989 über die Großevangelisation mit Billy Graham.

deskonferenz und XII. Parteitag der SED im Mai 1989, erschien Wilke möglich. Er schrieb an Staatssekretär Löffler: »Ich sehe bei dieser Gemeinschaft keine politischen Probleme für die Tagung zu diesem Zeitpunkt und bitte um Festlegung, wer zu informieren ist und ob jetzt schon eine Rückinformation an Generalsekretär Dammann erfolgen soll.«⁷⁰ Eine mit dem SED-Parteitag gleichzeitige Synodaltagung des DDR-Kirchenbundes wäre unmöglich gewesen. Dagegen konnte im Jahr 1989 das Pfingsttreffen der baptistischen Jugend, zu dem alle vier bis fünf Jahre eingeladen wurde und an dem ca. 2000 Jugendliche teilnahmen,⁷¹ zum wiederholten Male nicht stattfinden, weil der Staat eine Konkurrenzveranstaltung zum Pfingsttreffen der FDJ nicht dulden wollte.⁷²

Ein Inoffizieller kriminalpolizeilicher Mitarbeiter für operative Aufgaben (IKMO) mit dem Decknamen »Fahrer« berichtete Anfang Mai 1989 seiner Berliner Dienststelle, daß Kirchenpräsident Natho und die Bundesleitung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR in einem Gespräch darin übereinstimmten, daß einige Dokumente des Ökumenischen Konzils »wegen ihrer offenen Politisierung«⁷³ so nicht akzeptiert werden könnten.

Der Leiter der Mennoniten in der DDR, Knuth Hansen, protestierte gegen die Beschlußentwürfe für die 3. Vollversammlung des Ökumenischen Konzils, das Ende April 1989 in Dresden stattfand. In seiner Erklärung »betonte er die Trennung von Kirche und Staat als Prinzip seiner Religionsgemeinschaft, die sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmische«. Dabei bezog er sich insbesondere auf die Entwürfe zum Thema »Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartung.«⁷⁴ Unmittelbar darauf fand der Jugendtag des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in Halle statt. Im Bericht des Oberstleutnants Schade vom Dezernat I der Kriminalpolizei heißt es dazu: »Gesellschaftspolitisch relevante Problemkreise wurden nicht behandelt. Auch die politisch belastenden Arbeitspapiere der 3. Session der ökumenischen Versammlung in Dresden spielten im Verlauf des Jugendtages keine Rolle.«⁷⁵ Im Blick auf die Ökumenische Versammlung begrüßte der Staat also die politische Abstinenz der Freikirchen, weil die Inhalte des dort Traktierten eindeutig DDR-kritische Züge trugen.

Aus Anlaß eines Besuches des Präsidenten des Baptistischen Weltbundes, Noel Vose, der für Mitte Mai 1989 geplant war, richtete der Präsident

⁷⁰ Information Wilke vom 25.4.1989 an Löffler, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 59.

⁷¹ Darstellung der Jugendarbeit des BEFG durch Jugendpastor J. Swoboda, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 411f.

⁷² Information Schöpfe vom 8.5.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 130.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Zit. nach Information Schöpfe, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, 132.

⁷⁵ Operative Information Schade vom 16.5.1989 zum Jugendtag des Bundes der Evangelischen Freikirchlichen Gemeinden der Vereinigung West und Süd vom 13.-15.5.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-947, Bl. 148f. Vgl. auch Besier, Der SED-Staat, 378ff.

des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR, Manfred Sult, einen Brief an den neuen Staatssekretär für Kirchenfragen, Löffler, und bat darum, Vose mit Frau zu einem Gespräch zu empfangen.⁷⁶ Noch bis Ende Oktober 1989 gingen beim MfS Informationen und Mitteilungen über die Baptistengemeinden ein.⁷⁷

Bibliographie

1. Unveröffentlichte Quellen

- a) Akten des Ministeriums für Staatssicherheit
BStU ZA MfS HA XX/4-544; -820; -822; -927; -944; -947; -1035
b) Sonstige unveröffentlichte Quellen
Schreiben A. Schosch an Gauck vom 13.3.1995, im Besitz des Verf.

2. Literatur

- Balders, G. (Hg.), Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. 150 Jahre Baptistengemeinde in Deutschland 1834-1984, Wuppertal/Kassel ³1989
Besier, G., Der SED-Staat und die Kirche, 3 Bde., Berlin / Frankfurt a.M. 1993/95
Die Gemeinde. Wochenzeitschrift des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Nr. 47, Kassel, 21.11.1976
Fahlbusch, E., Kirchenkunde der Gegenwart, Stuttgart u.a. 1979
Geldbach, E., Freikirchen – Erbe, Gestalt und Wirkung, Göttingen 1989
Materne, U., Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR, in: H. Kirchner (Hg.), Freikirchen und konfessionelle Minderheitskirchen. Ein Handbuch, Berlin (Ost) 1987, 34-59
Neue Zeit (NZ) vom 23.5.1981
Pohl, A. (Hg.), Die Ernte ist groß. 25 Jahre Theologisches Seminar des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR in Buckow, Berlin (Ost) 1983
Reller, H. / Kießig, M. (Hgg.), Handbuch Religiöse Gemeinschaften, Gütersloh ³1985
Rössler, A., Positionen, Konfessionen, Denominationen. Eine kleine Kirchenkunde, Stuttgart 1988

⁷⁶ Schreiben Sult an Löffler vom 20.3.1989, BStU ZA MfS-HA XX/4-1035, Bl. 499.

⁷⁷ Vgl. Mitteilung Hptm. Hornig vom 20.10.1989 über Stimmungsbericht des IMKO »Karl« vom 19.10.1989, BStU ZA MfS HA XX/4-822, Bl. 15.